



Baden-Württemberg

STAATSMINISTERIUM

Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten

Staatsministerium · Richard-Wagner-Straße 15 · 70184 Stuttgart

Herrn Landtagspräsident
Guido Wolf
Konrad-Adenauer-Straße 3
70173 Stuttgart

Datum 23.11.2011
Name Alexandra Lorenz
Durchwahl 0711 2153-288
Telefax 0711 2153-510
Aktenzeichen V-0147.Rumänien
(Bitte bei Antwort angeben)

Antrag der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch u. a. CDU

- Staatsbesuch in Rumänien
- Drucksache 15/682

Schreiben vom 13. Oktober 2011

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

in Abstimmung mit den Ministerien für Finanzen und Wirtschaft, für Kultus, Jugend und Sport, für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz sowie mit dem Innenministerium erlaube ich mir, Ihnen zu o. g. Antrag folgende Stellungnahme zu übermitteln:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

1. welche konkreten Zusagen Ministerpräsident Kretschmann bei seinem Staatsbesuch in Rumänien machen konnte;

Das Land Baden-Württemberg wird die Beziehungen zu Rumänien weiter ausbauen und im Rahmen der Donaustrategie und der Gemischten Regierungskommission intensiv zusammenarbeiten.

Herr Ministerpräsident bot im Hinblick auf die EU-Donauraumstrategie einen Austausch in Bildungsfragen an. Des weiteren will Baden-Württemberg gemeinsam mit Rumänien EU-Fördermittel akquirieren. Als Hochtechnologieland und Wissenschaftsstandort kann Baden-Württemberg Rumänien auch in diesen Bereichen sehr behilflich sein. Herr Ministerpräsident sagte seinen Gesprächspartnern zu, die gesammelten Erfahrungen Baden-Württembergs mit erneuerbaren Energien an Rumänien weiterzugeben.

Premierminister Emil Boc nannte konkret drei Anliegen, für die Herr Ministerpräsident seine Unterstützung zusagte:

- Unterstützung des Vollbeitritts Rumäniens zum Schengen-Raum;
- Abbau von Restriktionen für rumänische Arbeitnehmer (Arbeitnehmerfreizügigkeit) in Deutschland;
- Unterstützung bei Energieprojekten.

2. wie viele Städtepartnerschaften zwischen rumänischen und baden-württembergischen Kommunen existieren;

Nach den dem Innenministerium vorliegenden Informationen¹ gibt es eine Städtepartnerschaft zwischen baden-württembergischen und rumänischen Kommunen (Stadt Karlsruhe - Stadt Temeswar). Außerdem gibt es eine Kreispartnerschaft (Landkreis Böblingen - Kreis Temesch).

Laut Datenbank des Rats der Gemeinden und Regionen Europas (www.rgre.de) gibt es freundschaftliche Kontakte zwischen Leimen und Kegléwitschhausen (seit 1980), Blaustein und Cernat (Zernendorf; seit 1995), Ingoldingen und Halmeu (seit 2004) sowie Ulm und Tulcea (seit 2003).

3. wie viele baden-württembergische Jugendliche sich bereits heute jährlich im Rumänienaustausch befinden und wie sie die von Ministerpräsident Kretschmann angesprochene Intensivierung des Jugendaustauschs umsetzen möchte;

¹ Da es keine diesbezügliche Meldepflicht der Kommunen gibt, können diese Angaben keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Sie beruhen im Wesentlichen auf vorliegenden Erhebungen der kommunalen Landesverbände und anderen öffentlich zugänglichen Quellen. Diese werden allerdings nicht fortlaufend aktualisiert. Von einer gesonderten Erhebung bei allen Kommunen des Landes wurde im Hinblick auf den damit verbundenen Aufwand abgesehen.

Das Land Baden-Württemberg fördert aus Mitteln des Landesjugendplans (LJP) internationale Jugendbegegnungen sowie internationale Schülerbegegnungen mit Staaten Mittel- und Osteuropas. Da Schüleraustausche und Jugendbegegnungen in Baden-Württemberg aber nicht meldepflichtig sind, können lediglich Aussagen über durchgeführte, aus LJP-Mitteln geförderte Begegnungen und Austausch getroffen werden. Angaben über durchgeführte aber nicht geförderte Begegnungen können leider nicht gemacht werden.

Zwischen baden-württembergischen und rumänischen Schülerinnen und Schülern wurden im Jahr 2010 vier geförderte Schüleraustausche durchgeführt. Hieran nahmen 95 deutsche Kinder und Jugendliche sowie neun Begleitpersonen teil.

Durch das Land geförderte Jugendbegegnungen zwischen deutschen und rumänischen Jugendlichen fanden im Jahr 2010 nicht statt. Voraussetzung für eine finanzielle Unterstützung durch das Land sind entsprechende Anträge von Trägern der außerschulischen Jugendbildung.

4. ob es bereits gemeinsame Projekte des Landes Baden-Württemberg mit Rumänien gibt und welche Projekte denkbar sind, insbesondere auch vor dem Hintergrund diverser Leader-Projekte im Donaauraum;

Die DEULA Kirchheim/ Teck unterhält eine Kooperation mit der Bildungseinrichtung "Rumänisch-Deutsches Zentrum für berufliche Aus- und Fortbildung im landwirtschaftlichen Bereich" in Voiteg. Derzeit wird von der DEULA ein Ausbildungsgang mit begleitendem Praktikum (Vermittlung von theoretischen und praktischen Grundlagen der modernen Landwirtschaft) für Winter 2012/ 2013 erarbeitet.

Das Landwirtschaftliche Technologiezentrum Augustenberg hielt in 2009 und 2011 an der Agraruniversität Timișoara Lehrveranstaltungen ab bzw. beteiligte sich mit Beiträgen an Symposien. Es ist geplant, diese Art der Kooperation fortzusetzen (Themen aus dem Bereich der Landwirtschaft und des Pflanzenschutzes).

Aktuell werden vom Ministerium für Finanzen und Wirtschaft zwei Projekte partnerschaftlich mit Rumänien vor Ort beratend gefördert.

- Unterstützung beim Auf- und Ausbau einer Berufsschule in Oberwischau (rumänisch: Viseu de Sus), einer Kleinstadt im Nordwesten Rumäniens an der Grenze zur Ukraine.

Ziel des vor etwa drei Jahren initiierten Projektes ist es, gemeinsam mit dem bei der Baden-Württemberg Stiftung angesiedelten Osteuropabeauftragten des Landes und deutschen Seniorenexperten den jungen Menschen in der Region, angelehnt an das deutsche duale Berufsbildungsprinzip eine berufliche Qualifizierung zu ermöglichen, zunächst in den Bereichen der Holzbearbeitung/Tischlerei, der Näherei bzw. des Schneiderhandwerks sowie im Bereich der regionalen Tourismusförderung.

- In der Bezirkshauptstadt Satu Mare, im Regierungsbezirk Sathmar im Nordwesten Rumäniens an der Grenze zu Ungarn und der Ukraine, unterstützt das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft gemeinsam mit dem Baden-Württembergischen Handwerkstag den Auf- und Ausbau einer Handwerkskammer vorrangig durch beratende Tätigkeit beispielsweise in der Erstellung einer Kammerordnung sowie in der Beratung im Bereich der Facharbeiterausbildung.

Im Arbeitsprogramm der Gemischten baden-württembergisch-rumänischen Regierungskommission wurden für den Geschäftsbereich des Kultusministeriums vereinbart:

- Fortbildungsveranstaltungen für rumänische Lehrkräfte in Baden-Württemberg,
- Entsendung baden-württembergischer Lehrkräfte für den dortigen Deutsch- bzw. deutschsprachigen Fachunterricht,
- die finanzielle Unterstützung des Jugend- und Schüleraustauschs und
- die Beteiligung rumänischer Schulen an internetgestützten Projekten des Landes Baden-Württemberg.

Das Kultusministerium bemüht sich, baden-württembergische Lehrkräfte im Rahmen des Landeslehrerentsendeprogramms für Mittel- und Osteuropa nach Rumänien zu entsenden. Leider fanden sich in den letzten drei Jahren keine Interessenten. Die übrigen Projekte werden durchgeführt. Aktuell beteiligen sich vier rumänische Schulen im Rahmen der EU-Donauraumstrategie am Projekt "Don@u-Online" von Kultusministerium, Landeszentrale für politische Bildung und Europazentrum.

Ebenfalls im Rahmen der EU Donaunraumstrategie ist ein Vertreter des Kultusministeriums Mitglied der Steuerungsgruppe im Bereich Priority Area 9: "To Invest in People and Skills". Die Federführung dieser Steuerungsgruppe liegt bei Österreich und Moldawien. Derzeit werden Projektvorschläge zur Umsetzung der EU-Donaunraumstrategie erarbeitet. Die zweite Sitzung der Steuerungsgruppe wird Anfang Dezember in Zagreb stattfinden. Das Kultusministerium Baden-Württemberg beabsichtigt, in Rumänien gemeinsam mit Niederlassungen deutscher Firmen ein am dualen System orientiertes Ausbildungssystem - zunächst an zwei bis drei exemplarischen Ausbildungsberufen (je einen kaufmännischen Beruf, einen Beruf im Bereich Touristik sowie im gewerblich-technischen Bereich) aufzubauen.

Als weitere Perspektive wird langfristig die Einrichtung einer Dualen Hochschule favorisiert. Für beide Bereiche sind weitere Gespräche insbesondere mit Niederlassungen deutscher Firmen in Rumänien notwendig.

5. ob Leader-Projekte besonders dazu geeignet sind, die von Ministerpräsident Kretschmann angebotene Zusammenarbeit beim Aufbau einer Zivilgesellschaft zu fördern;

Die Kooperation ist ein besonderes Merkmal von LEADER. Der LEADER-Prozess bietet so die Möglichkeit, dass lokale Aktionsgruppen gemeinsame Projekte mit anderen LEADER-Gruppen oder mit Gruppen, die einen ähnlichen Ansatz in einer anderen Region, einem andere Mitgliedsstaat oder auch in einem Drittland, durchführen. Ein Kooperationsprojekt kann den LEADER-Gruppen helfen, ihre lokalen Aktivitäten auszubauen. Dadurch können sie möglicherweise bestimmte Probleme lösen oder die Wertschätzung lokaler Ressourcen steigern. Vor diesem Hintergrund ist es vorstellbar, dass LEADER-Projekte grundsätzlich auch einen Beitrag beim Aufbau einer Zivilgesellschaft leisten.

Allerdings geht die LEADER-Strategie vom sogenannten "Bottom-Up-Ansatz" aus. Das heißt, lokale Akteure, hierzu zählen die Bevölkerung im Allgemeinen, wirtschaftliche und soziale Interessengruppierungen sowie repräsentative öffentliche und private Institutionen, entscheiden allein darüber, welche Projekte und Initiativen aufgegriffen und über LEADER umgesetzt und finanziert werden. Auch können diese gemeinsamen Initiativen nicht beliebig gewählt oder gar verordnet werden. Sie

müssen zu der jeweiligen Strategie und ausgewählten Prioritäten der beteiligten Regionen passen und für alle Beteiligten einen Mehrwert erzielen.

6. mit welchem Konzept sie die zugesagte Unterstützung umsetzen möchte und ob zum Aufbau einer dualen Berufsausbildung Seniorexperten zur Verfügung stehen;

Im Rahmen der Umsetzung des Aktionsplanes der EU-Donauraumstrategie findet im Dezember 2011 in Rumänien im zentralen Schwerpunktbereich „Wirtschaftsförderung“ für die 14 Mitgliedsstaaten/-Regionen die 2. Sitzung des Lenkungskreises „Unterstützung der Wettbewerbsförderung von Unternehmen einschließlich der Clusterentwicklung“ (Priority Area Coordinator 8, PAC) unter Leitung des Schwerpunktbereichs koordinators aus dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft statt. Dabei werden Projekte aus Rumänien und den anderen 13 Zielländern der Donauraumstrategie gesammelt und vorsortiert. Zu der Art der Umsetzung der Maßnahmen kann in derzeitigem Stadium keine Aussage getroffen werden.

Zum Aufbau einer dualen Berufsausbildung stehen dem Kultusministerium derzeit keine Haushaltsmittel zur Verfügung. Für die Umsetzung eines solchen Projektes müssen daher entweder Mittel der EU oder Haushaltsmittel des Landes zur Verfügung gestellt werden. Denkbar wäre ebenfalls, die Lösung über eine Kofinanzierung mit deutschen Unternehmen in Rumänien anzustreben, die als Gegenleistung qualifizierte Fachkräfte erhalten würden. Eine weitere, eventuell sogar kostengünstigere Möglichkeit wären Schulungsmaßnahmen von rumänischen Multiplikatoren (Train the Trainer) an Einrichtungen des Landes wie z.B. der Landesakademie Esslingen.

Da vor Umsetzung des Projektes zunächst die Finanzierung geklärt werden muss, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine Aussage zum Konzept gemacht werden.

7. ob es bereits Maßnahmen des Landes Baden-Württemberg zur Stärkung von Verwaltungsstrukturen insbesondere auf regionaler und lokaler Ebene in Rumänien gibt;

Im Jahre 2002 bis 2004 hat das damalige Wirtschaftsministerium im Rahmen eines EU-finanzierten EU-Twinningprojektes den Auf- und Ausbau des Wirtschaftsministeriums Rumäniens sowie des rumänischen Mittelstandssektors unterstützt. Dabei war auch die Stärkung regionaler Strukturen eine Komponente der

Zusammenarbeit. Sofern von Rumänien weitere Unterstützung erbeten wird, kann das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft unter Nutzung von EU-Förderprogrammen eine weitere Unterstützung zur Stärkung von Verwaltungsstrukturen und anderer Projekte in Rumänien anbieten.

Das Innenministerium leistet seit mehr als zehn Jahren Unterstützung bei der Implementierung des Sicherheitsacquis der Europäischen Union in Rumänien.

Über die projektbezogene Zusammenarbeit hinaus verfolgt es dabei auch eine Strategie, die auf eine dauerhafte und effektive polizeiliche Zusammenarbeit ausgerichtet ist. Ziel ist es, einen nachhaltigen Beitrag zur gemeinsamen Bekämpfung der grenzüberschreitenden bzw. internationalen organisierten Kriminalität zu leisten. In diesem Kontext haben die Innenminister beider Länder am 30. Oktober 2006 in Bukarest eine Gemeinsame Erklärung unterzeichnet. Ausgerichtet am praktischen Bedarf werden seither Maßnahmen in regelmäßigen Durchführungsprogrammen festgelegt, die jeweils auch Gegenstand der Arbeitsprogramme der Gemischten Regierungskommission Baden-Württemberg - Rumänien sind. Im Durchführungsprogramm für die Jahre 2011 und 2012 geht es im Wesentlichen um Aspekte der Verkehrssicherheit, der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, der sozialraumbezogenen und deliktsspezifischen Kriminalprävention sowie der polizeilichen Aus- und Fortbildung. Ferner sind Workshops zu verschiedenen polizeifachlichen Themen in Rumänien sowie Hospitationen und Arbeitsbesuche rumänischer Experten bei Dienststellen der Polizei des Landes Baden-Württemberg vorgesehen. Die genannten Maßnahmen werden regelmäßig in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission oder des Regional Cooperation Council (RCC, ehemals Stabilitätspakt für Südosteuropa) durchgeführt. Auf der Grundlage des Förderprogramms Lifelong Learning der Europäischen Kommission wird derzeit ein umfangreiches Projekt zu den Themenfeldern Stressmanagement und Schießtraining in Rumänien vorbereitet.

Auch für den Bereich Feuerwehr und Katastrophenschutz sind im Durchführungsprogramm 2011 und 2012 ein Ausbau der Kontakte und Workshops vorgesehen. Die Einrichtung einer Gemischten Expertengruppe ist geplant; diese soll regelmäßig gemeinsame Führungskräftefortbildungen zu Themen des Feuerwehrwesens und des Zivil- und Katastrophenschutzes durchführen. Die Bildung von Feuerwehrpartnerschaften zur Intensivierung der Beziehungen soll überdies gefördert werden. Darüber hinaus soll geprüft werden, inwieweit rumänische Feuerwehren durch die Überlassung von gebrauchten Einsatzfahrzeugen und -mitteln unterstützt werden können.

Das Land Baden-Württemberg unterhält auf der Basis des § 96 Bundesvertriebenengesetz mehrere Kultur- und Forschungseinrichtungen, u. a. das Institut für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde (IdGL) in Tübingen. Es finanziert außerdem die Donauschwäbische Kulturstiftung des Landes Baden-Württemberg sowie zusammen mit dem Bund und der Stadt Ulm die Stiftung Donauschwäbisches Zentralmuseum. Diese Einrichtungen kooperieren mit wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen auch in Rumänien.

Die Forschungs- und Lehrtätigkeit, der Dokumentationsauftrag und die Öffentlichkeitsarbeit des dem Innenministerium nachgeordneten IdGL haben das nördliche Südosteuropa insgesamt und insbesondere die Geschichte, Landeskunde, Kultur, Sprache und Literatur der deutschen Minderheiten und die interethnischen Beziehungen in der Geschichte und Gegenwart der Region im Blick. Rumänien und die historische Entwicklung der Beziehungen zwischen dem deutschen Südwesten und Rumänien sind ein zentraler Gegenstand der Arbeit des Instituts. Es arbeitet intensiv auch mit rumänischen universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zusammen (z. B. auf den Gebieten der Archivierung, der Sprachwissenschaft, bei Ausstellungen usw.).

Neben dem IdGL sind auch die vom Land finanzierte Donauschwäbische Kulturstiftung und die vom Land mitfinanzierte Stiftung Donauschwäbisches Zentralmuseum seit Jahren in Rumänien mit Projekten präsent oder fördern Projekte der Kulturarbeit. So initiiert und fördert die Donauschwäbische Kulturstiftung insbesondere Jugendbegegnungen, Lehrerfortbildungs- und Sprachfördermaßnahmen sowie Qualifizierungsmaßnahmen für Fachleute, wie z. B. Europapraktika. Die Stiftung Donauschwäbisches Zentralmuseum organisiert in Kooperation mit Rumänien Ausstellungen, Tagungen sowie Jugendveranstaltungen und Jugendcamps sowohl in Baden-Württemberg als auch in Rumänien.

Die regelmäßigen Kontakte zwischen den Instituten und Einrichtungen Baden-Württembergs und der rumänischen Seite gehören inzwischen zum Alltagsgeschäft und stellen eine Brückenfunktion zwischen Baden-Württemberg und Rumänien dar. Sie leisten einen wichtigen Beitrag für die Integration Rumäniens in Europa.

8. welche Möglichkeiten sie darin sieht, Rumänien bei der Geodäsie zu unterstützen und weshalb beim Staatsbesuch nicht die „Ausleihung“ von Vermessungsfachkräften in Aussicht gestellt wurde;

Ein rumänischer Beamter der Vermessungsverwaltung des Kreises Timișoara kann jederzeit für 2 Wochen beim Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung zu Fortbildungszwecken hospitiieren. Der für die Entsendung zuständige Kreisrat Timis hat ausdrücklich darum gebeten, keinen festen Termin hierfür zu vereinbaren. Sowohl die Unterstützung der Geodäsie in Rumänien, als auch die Ausleihe von Vermessungsfachkräften ist an konkrete Projektanfragen zu binden, die derzeit nicht vorliegen. Über die Projekte muss dann im Einzelfall entschieden werden.

9. in welcher Höhe Haushaltsmittel des Landes Baden-Württemberg zur Unterstützung Rumäniens bislang insgesamt jährlich ausgegeben werden und ob sie infolge des Staatsbesuchs zusätzliche Haushaltsmittel zur Unterstützung Rumäniens bereitstellen möchte.

Im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit werden die Maßnahmen vollständig entweder von der Europäischen Kommission oder dem Regional Co-operation Council (Regionaler Kooperationsrat für Südosteuropa = RCC) finanziert.

Die für die Kulturarbeit nach § 96 Bundesvertriebenengesetz veranschlagten Mittel werden vorrangig für Einrichtungen und Projekte in Baden-Württemberg eingesetzt. Im Übrigen würde die Ermittlung der jährlich aufgewendeten Haushaltsmittel, speziell auf Rumänien bezogen, einen unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand verursachen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Peter Friedrich